

ARGUMENTATIONSHILFE

**Reichtum ist
teilbar**

DIE LINKE.

THEMA

REICHTUM IST TEILBAR!

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über knapp zwei Drittel des privaten Gesamtvermögens, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt fast nichts und ist zum Teil verschuldet. Hinzu kommt: Reichtum wird vererbt – meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. So konzentriert sich immer mehr Reichtum in den Händen weniger. Privater Reichtum und öffentliche Armut sind zwei Seiten einer Medaille. In den Jahren seit 1998 sind die Steuern vor allem für Besserverdienende und Vermögende deutlich gesunken. Bund, Ländern und Gemeinden entgehen dadurch jährlich viele Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt heute in Kitas, Schulen und öffentlicher Infrastruktur. Öffentliche Dienstleistungen werden privatisiert und müssen privat bezahlt werden.

Wir wollen umverteilen von oben nach unten und von privat zu öffentlich:

- Vermögensteuer auf private Vermögen oberhalb einer Million, beginnen bei 1 Prozent und aufsteigend bis 5 Prozent bei Vermögen über 50 Millionen. Einnahmen gehen an die Länder.
- Hohe Erbschaften stärker besteuern (Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt.) Steuern sollen sich nicht mehr durch die Vererbung (oder Schenkung) von Betriebsvermögen vermeiden lassen.
- Körperschaftsteuer (= auf Gewinn von Kapitalgesellschaften) von derzeit 15 Prozent werden wir auf 25 Prozent erhöhen
- Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent einführen

Was sagen die anderen?

CDU und **FDP** lehnen sowohl Vermögensteuer als auch Vermögensabgabe und Erbschaftssteuer ab. **SPD** und **Grüne** fordern zwar eine Vermögensteuer, setzen sie aber mit einheitlichen 1 Prozent für sehr hohe Vermögen zu niedrig an. Die **SPD** fordert z.B. »sehr hohe Vermögen« stärker zu besteuern, legt aber die Höhe nicht fest.

LINKE Gegenargumente

CDU, FDP und AfD machen klar, für wen sie Politik machen: Die Reichen. Sie wollen den Reichtum nicht umverteilen sondern bestehende Ungleichheit absichern und ausbauen. Wir machen Politik für die Mehrheit und wollen bestehende Ungleichheit abbauen. SPD und Grüne bleiben mit ihren Forderungen im Hinblick auf eine mögliche Koalition mit der CDU vage – und vor dem Hintergrund der krassen Ungleichheit viel zu mild. Unsere Forderungen würden tatsächlich etwas ändern, sind gegenfinanziert und deswegen realistisch. Die anderen Parteien schonen Spitzeneinkommen, große Vermögen und Erbschaften. Sie bieten keine konkreten Finanzierungsvorschläge für ihre Wahlversprechen. Mit unserem Steuerkonzept würde die öffentliche Hand 163,5 Milliarden zusätzlich einnehmen.